

Institutionalismus“ (vgl. etwa Schmidt 2012, 2011) vor, diesen Bias zugunsten bestimmter Problemwahrnehmungen bzw. Lösungsvorschläge zentral auf institutionell sedimentierte Wissensbestände und eine entsprechend variierende Passfähigkeit politischer Ideen zurückzuführen. Im Zusammenhang mit der Frage nach der Dis-/Kontinuität von Entwicklungen im Bereich programmatischer Ideen (vgl. ebd.: 108ff.), wie sie hier zur Diskussion steht, ist dabei die Priorisierung passfähiger, weil mit den sedimentierten Wissensbeständen in Kontinuität stehender Konzepte von besonderer Bedeutung.

Was schließlich die Frage der exogenen, also von außen auf den Prozess der Policy-Formierung einwirkenden Restriktionen betrifft, geht es um jene Selektivität politischer Institutionen, die – wie Claus Offe (2006 [1972]: 105) es formulierte – „die nicht-zufällige (d.h. systematische) Restriktion eines Möglichkeitsraumes“ bedingt. Dem zugrunde liegt die Überlegung, dass nicht für alle Sachthemen der Weg auf die politische Agenda bzw. an die Spitze politischer Prioritätenlisten gleichermaßen offen steht, sondern dass deren Chancen aufgrund eines Sets institutionalisierter Filterungs- und Ausschlussregeln variiert.

Konkret hängen besagte Chancen von den Möglichkeiten des Zugangs zu bzw. der Kontrolle über Kapazitäten ab, die für verschiedene politische Kräfte bzw. die von diesen verfolgten Interessen, Strategien, Zeithorizonte usw. in jeweils spezifischer, nämlich „strategisch-selektiver“ (Jessop 2002: 40) Form ausgestaltet sind. Aus der IPA-Perspektive interessieren uns in diesem Zusammenhang in erster Linie „diskursive“ (ebd.: 93) bzw. „epistemische Selektivitäten“ (Brand/Vadrot 2013: 207ff.) im Sinne von in politische Institutionen eingeschriebenen Mechanismen, die spezifische Formen des Wissens, der Problemprezeption und der Narration gegenüber anderen präferieren (vgl. ebd.).

(2.2) Methodische Grundlagen

Was die Datenerhebung für die vorliegende Studie anbelangt, kamen in einem ersten Schritt Literatur- und Quellenrecherchen zur Anwendung, um die (internationale) Debatte zu alternativen Wohlstands- und Fortschrittsindikatoren sowie zu Strategien für deren institutionelle Verankerung aufzuarbeiten. Hinsichtlich der politischen Strategieanalysen relevanter AkteurInnen in Österreich wurden alsdann in einem zweiten Schritt leitfadengestützte ExpertInneninterviews eingesetzt. Die Auswertung der solcherart erhobenen Daten erfolgte mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse.

Beim ExpertInneninterview handelt es sich um eine in der qualitativen Sozialforschung

etablierte Methode der Datenerhebung. Diese intendiert eine Erforschung sozialer Sachverhalte durch die Erschließung des Spezialwissen von ExpertInnen mittels spezifischer Formen der Gesprächsführung (vgl. Froschauer/Lueger 2003: 52f.; Gläser/Laudel 2010: 12).⁷ Die im Rahmen der Studie angewandte Form des Interviews lässt sich hinsichtlich ihres Standardisierungsgrads dabei – in Abgrenzung zu standardisierten (Fragebogen-)Interviews – als nicht- bzw. teilstandardisiert charakterisieren (vgl. Hopf 2008: 351). Konkret handelte es sich um Leitfadeninterviews, die sich an einem vorab entwickelten Fragenkatalog orientierten. Besagter Leitfaden diente hinsichtlich des Untersuchungsfelds als Strukturierungshilfe und im Hinblick auf die Erhebungssituation als Richtschnur. Zudem garantierte er im Zusammenhang mit der Auswertung die Vergleichbarkeit erhobener Daten (vgl. Klammer 2005: 226ff.).

Was die Auswertung der mittels Leitfadeninterviews erhobenen Daten betrifft, wurde in der qualitativen Sozialforschung eine Vielzahl methodischer Ansätze erprobt (vgl. Schmidt 2008). Vor allem wenn zentral technisches Wissen bzw. Prozesswissen, nur nachrangig hingegen Deutungswissen im Zentrum der Untersuchung steht, wird häufig auf Instrumente aus dem Bereich der qualitativen Inhaltsanalyse referiert (vgl. etwa Bogner et al. 2014: 17ff./71ff.; Gläser/Laudel 2010: 43ff.). Wenngleich im vorliegenden Fall alle drei genannten Wissensformen von Bedeutung sind, bedienen auch wir uns bei der Datenauswertung der qualitativen Inhaltsanalyse. Vereinfacht dargestellt wurden zu diesem Zweck die vollständig transkribierten Interviews im Sinne textförmiger Daten in einem ersten Schritt mithilfe eines Analyserasters entlang *ex ante* entwickelter Kategorien einer Feinanalyse unterzogen. In einem nachfolgenden Schritt ging es darum, die so gewonnen Informationen in aggregierter und vom Ursprungstext abstrahierter Form aufzubereiten und im Rahmen einer Gesamtanalyse interpretativ-analytisch auszuwerten.

Was die Anzahl der ExpertInneninterviews betrifft, wurden insgesamt 20 rund einstündige Interviews durchgeführt, wobei fünf davon als explorative Interviews am Projektbeginn standen. Bei der Auswahl der ExpertInnen wurde eine ausgewogene Repräsentation von fünf Stakeholder-Gruppen angestrebt, die im Hinblick auf das Erkenntnisinteresse des

⁷ Den in der Politikwissenschaft interviewten ExpertInnen stehen im Rahmen des Interviews drei Rollen zur Verfügung, nämlich jene der *Person* (das einzelne Individuum), jene des/der *RepräsentantIn* (die vertretene Organisation bzw. Institution) sowie jene des/der *StrategIn* (die kollektiven strategischen AkteurInnen im Sinne von Parteien, Verbänden, NGOs usw.) (vgl. Abels/Behrens 2009: 161). Vor allem im Hinblick auf die mit ExpertInneninterviews im Allgemeinen verbundenen „Interaktionseffekte“ (vgl. ebd.: 166ff.) ergeben sich hieraus methodische Probleme, die durch das Setting der vorliegenden Studie noch zusätzlich verschärft, im Folgenden jedoch nicht systematisch reflektiert werden können.

Forschungsprojekts als zentrale AkteurInnen betrachtet werden können: (a) Politik und Verwaltung auf Bundes- und kommunaler Ebene (aus den Ressorts Umwelt, Soziales und Wirtschaft sowie aus dem Bundeskanzleramt); (b) (Angewandte) Wissenschaft inklusive Bundesanstalt für Statistik (Statistik Austria, Wirtschaftsforschungsinstitute); (c) Verbände und Gewerkschaften inklusive verbandsnaher Einrichtungen (AK, ÖGB, WKO, IV); (d) NGOs aus den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Soziales (Attac, Armutskonferenz usw.); (e) Medien und Journalismus (aus den Ressorts Wirtschaft und Gesellschaft). Für die konkrete Auswahl der einzelnen InterviewpartnerInnen verantwortlich zeichnete der wissenschaftliche Beirat des Forschungsprojekts bestehend aus den Studienautoren sowie den AK-Referenten Georg Feigl und Florian Wukovitsch.